

Tagung Nr. 65 Samstag, 30. Oktober 2010

Vernetzen, gestalten, wachsen – Wie Neues gefördert werden kann

Referent: Dr. Thomas Schlegel

Dr. Goldenstein: Wie Neues gefördert werden kann. Der Mensch, der hier gerade Neues fördert, zunächst mal zum Bild fördert, ist Thomas Schlegel, Doktor der Theologie, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Forschung von Evangelisation und Gemeindeentwicklung an der Universität Greifswald und in dieser Eigenschaft Kooperationspartner für das EKD-Zentrum Mission in der Region mit seinen zwei Standorten in Dortmund und Stuttgart. Thomas Schlegel ist Pfarrer der evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, hat in Jena und auch ein Jahr in Südafrika Theologie studiert, hat in Jena promoviert, dann in München Vikariat gemacht und war für drei Jahre Pfarrer in einem kleinen Dorf im Thüringer Wald und ist jetzt seit 2009 in Greifswald am Institut. Herzlich willkommen. Schön das sie mit bei uns sind.

Dr. Thomas Schlegel: Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Herr Dr. Goldenstein, herzlichen Dank für die Einladung! Wie bei den Vorrednern deutlich wurde und das ganze Setting der Tagung impliziert:

Die Situation ländlicher Gemeinden gerät wieder stärker in den Fokus kirchlichen Interesses und theologischer Reflexion. Konnte Kai Hansen in seiner Dissertation 2005¹ noch konstatieren, dass sie in Kirche und Theologie „eher am Rande des Interesses steh[t]“, so gilt dies heute nur noch in eingeschränktem Maße: Schließlich hat sich die EKD mit ihrem 2007 erschienenen Text „Wandeln und gestalten“ eigens den „missionarischen Chancen und Aufgaben der evangelischen Kirche in ländlichen Räumen“ zugewandt und damit neue Akzente gesetzt.

Warum gibt es diese neue Aufmerksamkeit für ländliche Räume? Ein wesentlicher Grund dürfte in der sehr schwierigen strukturellen Lage zu

¹ Kai Hansen, Evangelische Kirche in ländlichen Räumen. Ein Rundblick über Geschichte und Gegenwart, Schenefeld 2005. Diese Arbeit stellt die maßgebliche akademische Stimme zu diesem Thema dar, allerdings mit einem Schwerpunkt in der historischen Darstellung. Der Autor hat in diesem Gebiet nicht weitergearbeitet.

suchen sein. Dagegen tritt beispielsweise die inhaltliche Frage zurück, die schwindende Evidenz des Christlichen ist kaum das typische Problem der Landgemeinden. Kirche auf dem Land wird Thema, wo es um strukturelle Veränderungen geht. So geht es auch aus dem Klappentext des Tagungsflyers hervor, Arend de Vries hat das in seinem Anfangsszenario ähnlich skizziert.

Insofern wird man – wenn man sich dem Thema „Kirche in strukturschwachen ländlichen Räumen“ zuwenden will – zunächst auf Fragen der institutionellen Organisation eingehen müssen. Und wie rapide die sich wandelt, kann man gerade in den extrem strukturschwachen, peripheren Regionen beobachten. Wir im nordostdeutschen Kontext oder die Kollegen hier im Wendland könnten das sicher mit zahlreichen Beispielen unterlegen. Die größte strukturelle Herausforderung, vor der wir dort – nicht nur kirchlich, sondern gesellschaftlich – stehen, ist der massive Bevölkerungsschwund. Er hat verschiedene Ursachen. Wirtschaftliche und infrastrukturelle Schwäche führen zu Abwanderung und in dessen Folge zu Überalterung der Einwohner. Die traditionell agrarischen Gebiete in der Uckermark beispielsweise generieren kaum noch Arbeitsplätze, die Wertschöpfung findet nicht vor Ort statt, neue Industriezweige sind noch nicht als Alternative erschlossen. Im Ergebnis nimmt die Bevölkerung ab: Das Amt Friedland im Landkreis Mecklenburg-Strelitz weist eine Einwohnerdichte von 14 E/qm auf – das sind finnische Verhältnisse. Diese Vereinzelung führt zu weiteren Versorgungsengpässen. Manche Gebiete geraten in einen Abwärtsstrudel.

Die allgemeine Schrumpfung betrifft auch die Kirchen: Fast alle Landeskirchen in Ostdeutschland haben in der vergangenen Dekade zwischen 18% (EKBO) und 30% (Anhalt) verloren.² Warum sind die Kirchen zum Teil so radikal geschrumpft? Warum sind die Mitgliedszahlen stärker zurückgegangen als die Einwohnerzahlen der jeweiligen Bundesländer? Um diese Fragen zu beantworten, habe ich die Faktoren für den Schwund in den Jahren 2005-2007 identifiziert und miteinander ins Verhältnis gesetzt. Das ergab, dass zu ca. 80% die Demographie verantwortlich zu machen ist, zu ca. 10% die Abwanderung und schließlich zu ca. 10% die Austritte (im Saldo mit den Erwachsenentaufen). Allerdings versteckt sich hinter dem Faktor Demographie viel mehr: Es wird in den 80% nämlich nicht nur einfach die Überalterung abgebildet, die auch die Gesellschaft insgesamt beschäftigt. Darunter verbergen sich auch die christlichen

² Vgl. dazu die statistischen Angaben auf der EKD-homepage (www.ekd.de).

Traditionsabbrüche der vergangenen Jahrzehnte: Die Austritte der damals jüngeren Generation in den 1950er und 1960er Jahren hat nicht nur die Zahlen damals dezimiert: Ihre Kinder fehlen auch heute, da die Konfessionslosen nicht zurückgewonnen wurden, sondern ihre Kirchenferne zu durchschnittlich 98% vererbt haben. Ein weiterer Aspekt, der in der Demographie zu Buche schlägt, ist die mangelnde intergenerative Weitergabe: Nach die „Aufbruchstudie“³ von 2001 geben nur 40% der evangelischen Eltern ihren Glauben an die Kinder weiter. Demografie als Hauptfaktor muss also differenziert werden: Nicht nur der altersbedingte Schwund ist es – sondern eben auch die Verluste vergangener Generationen und die schwache eigene Traditionsbindung! Es ist also verfehlt, die Mitgliedschaftsverluste mit dem Verweis auf gesellschaftliche Parallelen abzutun. Hinter dem demographischen Schwund der Kirche stecken also durchaus kirchenspezifische Faktoren. Doch die rasanten Verluste stellen nicht das einzige Problem der ostdeutschen Gemeinden dar: Die Minderheitensituation zu DDR-Zeiten hat nicht selten zu einer Art „Wagenburgmentalität“ geführt, also dazu, dass man sich verschließt statt sich zu öffnen, was aber gerade für eine kleine Schar eminent wichtig wäre, um gesellschaftliche Wirkung zu entfalten. Denn die Schwerkraft der Normalität resultiert in einer Ignoranz gegenüber den Christen: Es ist eben normal, nicht zu glauben. Das führt im öffentlichen Leben zu einem atheistischen oder doch agnostischen Sog, der es der Kirche nicht gerade leichter macht.

Merkwürdigerweise sind die Erwartungshaltungen vielerorts gleich geblieben: An den „Herrn Pfarrer“ werden traditionelle volkskirchliche Muster herangetragen, was in manch ausgedünnten Regionen geradezu eine groteske Lage schafft. Da soll der Vertreter der kirchlichen Institution zu jedem Geburtstag jedes Gemeindegliedes in jedem Ort erscheinen – in einem Rechteck, das vielleicht 20x30 km misst. Warum sind diese Details nun brisant für diese Tagung? Warum wird „Kirche auf dem Lande“ verstärkt zum Thema? Ich behaupte, dass dies fundamentale Ursachen hat: Aufgrund von demographischem Schwund, andauernden Abwanderungen, Austritten, geringen Ressourcen und kleinen Mitgliederzahlen sind die kirchlichen Strukturen in einigen ländlichen Teilen Deutschlands so ausgedünnt, dass einer der Eckpfeiler volkskirchlicher Identität ins Wanken gerät: die parochiale Verfasstheit und mit ihr die flächendeckende Präsenz von Kirche. Der gesellschaftliche Normalfall einer Kirchenmitgliedschaft wird eben nicht nur durch den

³ Helmut Geller u.a., Die Kirchen in der DDR vor und nach der Wende, in: Karl Gabriel u.a. (Hgg.), Religion und Kirchen in Ost(Mittel)Europa: Deutschland-Ost. Ostfildern 2003, 193-336, hier 320.

kleiner werdenden Prozentsatz der evangelischen Christen angefragt, sondern eben auch durch „weiße Flecken“ auf der Landkarte. Und auf die gehen wir in manch peripheren Regionen bereits zu; es sind zum Teil schon „perphorierte“ Gegenden. Weniger die inhaltlichen Anfragen fordern zu neuem Nachdenken heraus, sondern ein formaler Druck, der allerdings eminent ekklesiologische Implikationen aufweist.

Dieser Wandel in den Organisationsstrukturen ruft seinerseits strukturelle Reaktionen hervor. Im Wesentlichen besteht das Maßnahmenpaket aus drei Faktoren: *Regionalisierung*. Nicht mehr die Parochie ist die bevorzugte Gestaltungsgröße von Kirche, sondern die Region. „Region ist Gemeinde“, so fasste es Superintendent Behrends in der Arbeitsgruppe die Logik signifikant zusammen. Was Gemeinden nicht mehr einzeln „anbieten“ können, teilt man sich auf, wobei man lokale Eigenheiten konstruktiv nutzen kann. So vermag eine Kirchengemeinde in Adorf, ihre Senioren auf das professionellere Angebot in Bstedt zu verweisen, dafür nimmt sie die Jugendlichen aus diesem Ort in ihre Obhut – was ohnehin besser zu dem eigenen Profil passt: Schließlich hat der Gemeindegemeinderat einiges an Geld für den Jugendclub gesteckt. Synergien können genutzt werden; die Idee eines Mehr-wertes in Kooperationen ist charmant – wobei Regionalisierungsprozesse oftmals einen schlechten Ruf haben. Sie sind mit Kürzungsrunden verbunden und für viele Mitarbeiter bedeutet Strukturreform nichts anderes als größere Flächen, mehr Predigtstellen und unter dem Strich mehr Arbeit. Doch ohne in diese Debatte stärker einsteigen zu wollen, wird klar, dass Regionalisierung eine strukturelle Antwort auf die zunehmende Ausdünnung im ländlichen Raum darstellt. Und dies nicht nur bei der Kirche, sondern auch in der Politik: Landkreise und Kommunen folgen ähnlichen Logiken, verfahren nach ganz gleichen Prinzipien und greifen auf dieselben Antworten zurück.⁴ Das gleiche trifft auf die nächste Maßnahme zu.

Strukturelle Veränderungen in der Fläche sind mit *Zentralisierungs*bestrebungen verbunden. Die Verwaltung wird so effizienter, billiger und überschaubarer. Manche Angebote müssen nicht mehr überall, sondern nur noch an Unter- oder Mittelzentren vorgehalten werden. Den Gottesdienst am zweiten Feiertag gestaltet die Region XY seit Jahren nur noch als zentrale Feier am Hauptort des Kirchspiels. Und die Konfirmandenarbeit bietet der Kirchenkreis nur noch zentral an; davon profitieren alle Beteiligten. Bei der dritten Maßnahme

⁴ Vgl. dazu Claudia Neu und Thomas Schlegel, Anders und doch so ähnlich: Kirche und Staat als Akteure im ländlichen Raum, in: kunst und kirche 01/2011, 9-14.

lohnt sich wieder der Blick zum Staat, der als Akteur im ländlichen Raum vor der Herausforderung steht, die Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Darunter versteht man die Versorgung der Fläche mit Infrastrukturgütern. Da deren Gleichwertigkeit grundgesetzlich verankert ist, versucht auch der Staat, künftige Tragfähigkeitsprobleme abzufangen.

Der Maßnahmenkatalog, der in der „Cottbuser Erklärung von 2004“ vorgeschlagen wird, enthält eben neben Zentralisierung und Peripherisierung auch das Element, dass in kirchlichen Kontexten immer wieder auftaucht: *Das bürgerschaftliche Engagement*. Der Ruf nach dem Ehrenamtlichen könnte den Eindruck erwecken, als sollte der Rückzug der Institution aus peripheren Regionen von den Freiwilligen aufgefangen werden. Die evangelische Kirche allerdings kann diesem Vorwurf gelassen begegnen: Haben wir nicht in Bibel und reformatorischem Bekenntnis eine tragfähige theologische Basis, um das Priestertum aller Glaubenden nicht aus aktuellen organisatorischen Engpässen heraus motivieren zu müssen? Freilich werden manche Kirchenvorstände hellhörig, wenn gerade jetzt die Beteiligungskirche neuentdeckt wird. Warum, so fragen sie legitimerweise, haben wir bisher so selten auf dieses Konzept zurückgegriffen?

Kirche, Staat, Dienstleister: sie alle stehen in der Fläche vor den gleichen Problemen. Deshalb ist es unumgänglich, mit lokalen Akteuren, mit Kommunen, mit Regionalplanern zu kooperieren und sich zu vernetzen. Die zentrale Herausforderung in den ländlichen Regionen betrifft alle Akteure. Und nur umfassenden Kooperationen derer, die vor Ort präsent sind, kann das größte Problem angegangen werden. Einer allein überhebt sich bei dem, was ich als dringendste Thema in ländlichen Räumen bezeichnen würde: Das Schrumpfen, das kleiner Werden von Bevölkerung, Gesellschaft und Infrastruktur! Das ist in meinen Augen das zentrale Problem vieler ländlicher Regionen. Manche geraten in eine regelrechte Abwärtsspirale, die der aktuelle Raumordnungsbericht so beschreibt: „In dünn besiedelten Regionen mit Entleerungstendenzen zeichnen sich bereits heute Finanzierungsprobleme bei der Infrastrukturversorgung ab. Zunehmende Versorgungsdefizite verstärken die Abwanderungen und damit die Tragfähigkeitsprobleme.“⁵

Notwendig erscheint mir insgesamt eine Differenzierung, die auf den ersten Blick banal wirken mag; nämlich die zwischen dem Phänomen des

⁵ Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Raumordnungsbericht 2005, Berichte Bd. 21, Bonn 2005, 110.

Schrumpfens und der angemessenen Antwort darauf. Die Herausforderung besteht m.E. weniger im Schrumpfen, sondern in der richtigen Reaktion: Lässt sich diese den Takt und die Ideen von der konstanten Abwärtsbewegung vorgeben? Dann handelt man immer erst, wenn es nicht mehr geht und so, wie es gerade noch geht. So dominiert eine Defensivstrategie, die die möglichen Handlungsoptionen auf immer weniger Strategien einengt. Oder versuchen die Akteure, das Schrumpfen zu gestalten, proaktiv damit umzugehen und so den Keim dafür zu legen, dass der Trend umgekehrt werden kann? Dazu ist allerdings zuerst vonnöten, auch rhetorisch nicht in Angststarre zu verfallen, sondern eine offensive und ehrliche Debatte über das Schrumpfen zu führen: Was bedeutet es von unserem Kirchenverständnis her, wenn wir kleiner werden? Welche Rückschlüsse auf unsere geistliche Verfassung und gesellschaftliche Großwetterlage lässt es zu? Wie gehen wir mit der Spannung um, dass uns Wachstum verheißen ist, wir aber das Gegenteil erleben? Was heißt Wachstum eigentlich? Muss bei der Definition regional unterschieden werden?

Was mich hier sehr inspiriert hat, ist die Internationale Bauausstellung (IBA), die 2010 in Sachsen-Anhalt zu Ende gegangen ist. Der Leiter, Prof. Oswaldt, hat 2001 schon angefangen, von schrumpfenden Städten zu reden. Er initiierte eine Ausstellung mit dem Titel „Shrinking Cities“, die das Thema auch künstlerisch aufzuarbeiten versuchte und fotografische Impressionen aus vier schrumpfenden Regionen der Welt präsentierte (England, Russland, USA und Ostdeutschland). Von den Kommunalpolitikern wurde sie kaum beachtet und das Thema demonstrativ totgeschwiegen. Schrumpfen war ein Tabu! Wenn alles auf Wachsen getrimmt ist, wirkt die Rede vom Gegenteil störend und unbequem. Das hat sich nach Auskunft von Phillip Oswaldt geändert: Man redet offen über die Verkleinerung, auch wenn es z.B. mit „Rückbau“ noch verklausuliert geschieht. Aber andererseits wird damit auch auf eine Selbstverständlichkeit hingedeutet: Dass Schrumpfen rückwärtiger Teil eines einstigen Wachstums ist. Mit anderen Worten: Wenn eine Gesellschaft wächst, wird sie auch irgendwann schrumpfen. Das ständige „Höher, weiter, schneller“ ist nicht unbegrenzt steigerungsfähig. Schrumpfen verweist auf die natürliche Grenze, die allem Irdischen gesetzt ist – so würden wir als Theologen es formulieren. Oswaldt versuchte auch herauszufordern, das Schrumpfen zu gestalten, damit kreativ umzugehen: Wie kann man die großen Räume sich leerender Städte sinnvoll besetzen und füllen? Können Städte an Attraktivität gewinnen, wenn sie 20% Bewohner verloren haben?

Vor dieser Herausforderung stehen wir nach meiner Ansicht auch in der Kirche. Wie kann Kirche unter kleineren, ärmeren und älteren Bedingungen nicht nur veränderte, sondern neue Gestalt gewinnen? Schaffen wir es, die Strukturen nicht an das Heute, sondern an das verheißene Morgen anzupassen? Um diese Frage zu beantworten, muss allerdings zuvor ein neuer Verständigungsprozess darüber beginnen, was Kirche ist und welche Mission sie hat. Nicht weniger als diese Fundamentalthemen gelangen auf die Agenda, wenn man über Kirche in strukturschwachen Räumen redet. Übrigens wieder eine Parallele zum versorgenden Staat. Zu neuen Ansätzen in der Daseinsvorsorge gelangt man über diese Frage: Welche gesellschaftliche Funktion erfüllt Schule und wie kann diese Funktion gegebenenfalls anders gewährleistet werden? Möglicherweise reagiert man auch in kirchlichen Kreisen lieber defensiv, weil man sich damit leidige Grundsatzdebatten erspart, die keine Einigung versprechen. Allerdings muss man sie führen, wenn man offensiv agieren will. Diese These impliziert gleichermaßen, dass strukturelle Entscheidungen letztlich auch theologische Entscheidungen sind. Es ist eine Illusion, wenn manche Kirchenkreisräte meinen, dass die Financer oder Juristen Strukturen vorgeben, wir sie als Theologen dann inhaltlich füllen. Ebenso halte ich es für fatal, wenn man hofft, die Strukturreformen bald hinter sich zu haben, um dann endlich wieder theologisch arbeiten zu können. Vielleicht ist es auch hier eine Vermeidungstaktik, die die notwendige ekklesiologische Debatte umschiffen will. Insofern schreibt man das Gewohnte immer weiter fort, ohne sich zu fragen, ob das noch zeit- und kontextgemäß ist. Und so versucht man, die Parochie bis zuletzt zu retten. Dabei wird sie überdehnt, heißt dann irgendwann Region, ist aber im Grunde nichts anderes als das, was früher Parochie war – nur größer. Aber das sind keine neuen Strukturen. Es sind die alten in reduzierter und zugleich expandierter Form.

Mit all der hier gebotenen Vorsicht möchte ich nun einige Ideen weitergeben, wie man das Schrumpfen aktiv gestalten kann. Warum bin ich vorsichtig? Weil ich grundsätzlich damit Neuland betrete, es meinem Anspruch nach nicht die eine Lösung geben kann und weil konzeptionelle Hinweise dann doch immer so verstanden werden. Beginnen möchte ich an der Stelle, wo wir mit der Analyse geendet haben: bei den äußeren Strukturen, dem „Regionalen“ und „Lokalen“, diesem ungleichen Paar, dessen Spannung also oft in eine der beiden Richtungen aufgelöst wurde. Vor einigen Jahren gab es einen Trend zum unbedingten Befürworten der Region. Alles musste regional verfasst sein: der Gottesdienst, der Konfirmandenunterricht, die Seniorenbetreuung. Damit war ein Hang zum Vereinheitlichen verbunden, denn jede Form von Lokalkolorit hatte

den Geschmack der Rückständigen und Muffigen. Heute ist es eher ein Anzeichen einer liebens- und bewahrenswerten Eigenheit, wenn man in der heimischen Dorfkirche eigene Traditionen wahrt. Aber vor ein paar Jahren noch galt das als unflexibel, das Kirchturmdenken, das nach der lokalen Identität fragt. Zum nächsten Supermarkt mache man sich ja auch 15km auf, da könne man ebenso den Gottesdienst in B-stedt oder C-dorf besuchen; sich also statt lokal regional verorten. Soweit ich übersehen kann, hat diese neue Beheimatungsstrategie nirgends funktioniert. Nicht nur in Deutschland nicht. Man liebt die eigene Scholle, vor allem aber die eigene Kirche, die emotional eine ganz andere Wertigkeit besitzt als ein schwer überschaubares, meist künstliches Gebilde mit dem Namen „Region“. Mir hat nie eingeleuchtet, wieso Pfarrer und Superintendenten eine wahrhaft pädagogische Leidenschaft entfalten, den Menschen vor Ort diese Liebe abzuerziehen. Wieso kann man sie nicht nutzen? Gerade um der Region willen. Doch bevor dies plausibilisiert werden kann, gehe ich einen Schritt zurück: Gemeinde Jesu Christi lebt immer vor Ort. An einem konkreten Ort, einem konkreten Kontext, einem realen Beziehungsgeflecht. Wenn man unter Regionalisierung nur versteht, dass die Gemeinde sich nicht mehr in dem peripheren A-dorf, sondern in dem zentralen C-stedt trifft, ersetzt man nur eine Lokalität mit einer anderen. Denn auch die Regionalkirche in C-stedt ist in erster Linie lokal, nur eben an einer zentraleren Stelle. Wobei sich hier zentral auf die Region bezieht, aber eben nicht auf die Bewohner in A-dorf: Für sie ist das eigene Dorf der Mittelpunkt, C-stedt liegt für sie am Rand. Warum sollten sie dorthin fahren? Beteiligung und Identifikation wird meist nur in einer überschaubaren Einheit generiert. Konkretion ist das Stichwort: Denn es ist keine Frage, wie groß der Einzugsbereich einer Gemeinde ist (Region, Parochie, Dorf, Stadtteil etc.), entscheidend ist, dass sie an einem konkreten Ort in Form einer konkreten Gemeinschaft von Christen lebt.

Denn das ist Kirche zuerst einmal: *Congregatio sanctorum*. Sie ist kein Gebäude, keine Fläche, keine Veranstaltung, sondern der Zusammenschluss derer, die Jesus Christus ihren Herrn nennen, der Heiligen. In Luthers Konzilienschrift⁶ wird deutlich, dass diese Zugehörigkeit das Spezifikum dieser Gemeinschaft darstellt: Während sich andere treffen, um gemeinsam ihrer Leidenschaft für das Wandern oder die Feuerwehr zu frönen, kommt die Kirche zusammen, um ihren Herrn zu loben, auf ihn zu hören und ihn zu bezeugen. Das macht sie aus; Traditionspflege von Orgel über Gebäude und Chorgesang kann zu dieser Gemeinschaft gehören, konstituiert sie aber nicht. Solche Aussagen sind

⁶ Vgl. Martin Luther, Von den Konziliis und Kirchen, WA 50,509-653, hier 624,29-33.

ekklesiologisch banal, in der Realität gewinnen sie eine ungeahnte Dynamik: Denn auf Kirche trifft man eben nicht, wo ein gleichnamiges Gebäude steht oder ein entsprechendes Schild angebracht ist: Kirche sind „kleine christliche Gemeinschaften“, wie sie in der katholischen Kirche neuerdings genannt werden. Wenn man diese Wendung in Kombination mit Dorf hört, mag das ganze ziemlich angestaubt und altbacken klingen: Eine kleine Gruppe in einem kleinen Dorf! Ist es da nicht viel besser, eine große Gruppe in einem großen Dorf zu haben? Manchmal sicher! Aber die unbestreitbare Stärke dieser kleinen Gemeinschaft liegt darin, dass sie auf die Bedürfnisse und Gewohnheiten vor Ort reagieren kann. Sie ist flexibel. Sie findet die Lösung, die genau für die Menschen passt, die dort wohnen. Weil sie Teil dieser Gemeinschaft ist. Es ließen sich zahlreiche Beispiele für gelungene Kontextualisierung von Dorfkirchen finden: Sei es die kleine anglikanische Gemeinde im britischen Farlington, die ihre Angebote ganz auf die agrarischen Herausforderungen zugeschnitten hat: Da gibt (die für uns Protestanten vielleicht merkwürdig anmutenden) Flurumgänge, Gottesdienste zu allen saat- und ernterelevanten Terminen, Segnungen von Erntegerät etc. Erwähnen könnte ich auch die Dorfkirchengemeinde im brandenburgischen Greiffenberg, wo man auf die hohe Rate von „Hartz IV“-empfängern reagierte und Sozialpatenschaften für Ackerflächen und Obstbäume vergab. Was ich mit diesen Beispielen unterstreichen will: Konkrete Gemeinde vor Ort besitzt die Intelligenz und Sensibilität für den Kontext. Das macht sie fast unschlagbar – gerade in postmodernen Zusammenhängen, wo Wahrheit nicht nur als zeitgebundene Größe, sondern als ortsgebundene Größe erscheint. Blindes kopieren geht nicht mehr – wenn es überhaupt jemals ging. Fertige Konzepte funktionieren ebenso wenig: Gemeinde Jesu Christi wird an jedem Ort dieser Erde etwas anders aussehen und das hat im Zuge der lokalen Theologien auch ein theoretisches Recht: Eine überschaubare *congregatio sanctorum* kann im eigenen Dorf stimmiger und nachhaltiger Mission und Diakonie betreiben als eine größere Kirche im Nachbarort. Aber sie kann es nicht allein. Denn ihre Grenzen und Beschränkungen werden schnell offenbar: Sie verfügt über geringe finanzielle und humane Ressourcen. Insofern ist sie auf Kooperationen in der Region angewiesen. Ohne sie wird sich die lokale Gemeinde isolieren und letztlich absterben. Das solidarische Netz von Gemeinden, der geschwisterliche Austausch – dies sind unverzichtbare Ergänzungen für die lokale Einheit: Die Stunde der Region sozusagen! Und diese Kooperation muss nicht immer zwischen Nachbarn geschehen. Oft ist zwischen Nachbardörfern die Luft besonders dick. Da Zusammenarbeit nicht verordnet werden kann, gilt auch bei der Suche nach Partnern das Freiwilligkeitsprinzip: Auch netzwerkartige Kooperationen sollten anerkannt werden.

Kirchenleitend implizieren diese Überlegungen eine Doppelstrategie: lokale Differenzen und Profilierungen stärken – weil die Gemeinden vor Ort eine unersetzbare Intelligenz besitzen – aber sie in ein gut funktionierendes regionales Netz einbetten, das weitet, ergänzt, korrigiert und trägt. Damit müssen wir aber Vielfalt und Buntheit wollen – und sie nicht als Bedrohung für unsere innere Einheit sehen; eine Herausforderung, die nicht gering zu schätzen ist! Denn in unserer Kirche begegnet mir an vielen Stellen ein Leitbild, das von Homogenisierung geprägt ist. Ideal- oder mindestens Normalvorstellung ist es dann, wenn Das gleiche an allen Orten zur selben Zeit angeboten wird. Diese formale Einheit soll offenbar eine innere Einheit demonstrieren. Unter dem Motto: Sonntagmorgen 10 Uhr G1-Gottesdienst, das ist Inbegriff des Protestantismus. Die Gleichschaltung in Formfragen soll offenbar die fehlende Kohärenz in Bekenntnisfragen kompensieren. Weil sonst alles beliebig zu werden droht. Wenn an dieser Vermutung etwas „dran“ ist, dann stoßen wir hier auf katholische Versatzstücke. Aber ohne über die Hintergründe dieses Uniformitätsdenkens weiter zu sinnieren, die Folgen für das Gemeindeleben sind fatal: Denn sie verengen nicht nur die Möglichkeiten auf der Angebotsseite, sondern vor allem die Kapazitäten auf der Rezipientenseite. Wer den klassischen Gottesdienst nicht mag oder den Sonntagvormittag lieber mit den Kindern verbringen will, hat schlichtweg Pech gehabt. Warum sind zum Beispiel kleine Andachtsformen am Samstagabend nicht gleichwertig? Warum ist es erst dann ein „richtiger“ Gottesdienst, wenn die Orgel ertönt und die Liturgie im Wechsel gesungen werden kann? Wieso ist ein Gottesdienst ohne diese Elemente weniger wert, oder nur eine „abgespeckte“ Version? Theologisch ist das nicht nachzuvollziehen, nur traditionsgeschichtlich. Hier wünsche ich allen Beteiligten mehr Kreativität und Mut, auf andere, angepasste Formen gelebten Glaubens zuzugehen. So wie der Kirchenkreis Egel, der ja nichts anderes tat, als die kleinen Formen des Gottesdienstes zu adeln. Aber das ist eben viel. Statt jedes Mal nur frustriert von dannen zu ziehen, wenn wieder nur fünf Ältere zum Gottesdienst kamen, hat man hier einen Perspektivenwechsel gewagt: Toll, dass fünf Christen da waren, um ihrem Herrn die Ehre zu geben! Und das feiern sie – ob mit oder ohne Pfarrer. Schlicht, einfach, handhabbar, aber schön!

An dieser Stelle will ich also ein großes JA zu formaler Pluralität formulieren: Auch in Bezug auf Gebäudenutzung (Warum nicht in der Kirche Kinofilme zeigen?), in Bezug auf Gemeindeformen (Warum nicht einmal eine Profilkirche auf dem Lande wagen?) und in Bezug auf Dienste und Ämter: Während unserer Exkursion in das ländliche England

war dies eines der beeindruckendsten Tatsachen, welche Vielfalt an Beteiligung dort existiert. Die ordinierten Vollzeittheologen sind hier fast in der Minderheit. Eine Menge an ordinieren Laien, Lektoren, Prädikanten, Teilzeitpredigern, VikarInnen in der zweiten Lebenshälfte etc. unterstützen sie und immer wieder wurde uns gesagt: Ohne diese breite Beteiligung und Vielfalt an Formen im Predigtamt würde Kirche auf dem Lande kollabieren. Warum gibt es bei uns nach wie vor nur das 6-jährige Studium mit anschließendem 2,5-jährigen Vikariat, was den Weg in Gemeindeverantwortung und Predigtdienst ebnet? Nehmen wir das Priestertum der Getauften hier ernst?

Diese Fragen spielen hinüber in den nächsten Punkt, der nach meiner Meinung zentral für „Kirche in peripheren Regionen“ ist: Die Beteiligung von Ehrenamtlichen. Wie gesagt, oft wirken sie wie „Lückenbüsser“, die bleiben, wenn die Institution geht. Das ist beim Staat nicht anders. Dass hier der Ruf nach dem Bürger immer lauter wird, liegt daran, weil bisherige Systeme der Versorgung nicht mehr greifen. Und wenn wir als Kirche erst dann vom verantwortungsvollen Ehrenamt reden, wenn uns die Luft zum Atmen dünn wird, dann tappen wir genau in diese Falle. Und die Leute merken das. Mit anderen Worten – und hier rekurriere ich auf eine Studie, die im mecklenburgischen Galenbeck von Soziologen durchgeführt wurde: Wir dürfen den Gemeindegliedern nicht nur Aufgaben „zuschieben“, sondern können sie als Entscheidungsträger ernst nehmen. In besagter Studie heißt es dazu: „Der Rückzug des Wohlfahrtsstaates aus einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge geht bisher lediglich mit einer Rückverlagerung von Pflichten an die Bürger einher – nicht aber mit einem Mehr an Rechten und Handlungsspielräumen. Sollen die Bürger aber in Zukunft stärker eigenverantwortlich und in Ergänzung zu kommunalen Aufgaben agieren, müssen ihnen vermehrt rechtliche und finanzielle Handlungsspielräume eingeräumt werden. ‚Alibibeteiligung‘ sollte vermieden werden, denn Partizipation ohne Mitbestimmung lähmt die Freude am Engagement.“⁷ In unseren Gemeinden steckt hinter der Sicht auf Ehrenamtliche ein bestimmtes Gemeindebild: Der Pfarrer im Gegenüber zur Gemeinde. So geboten dies auch in Ausnahmesituationen sein mag, im Tagesgeschäft halte ich diese Trennlinie für fatal. Sie unterscheidet zwischen dem, was theologisch Kirche ist und dem, was institutionell Kirche repräsentiert. Im Grunde gibt es ohne die Gläubigen vor Ort dort auch keine Kirche, auch wenn dieses Dorf einer Parochie zugeordnet ist und die reinen kasualen Versorgungsstrukturen noch

⁷ Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck, hg.v. Kristina Baade u.a., Rostock 2007, 8.

funktionieren. Mit dieser Trennlinie wird auch noch ein anderer Graben gezogen: „Die“ Kirche macht dann für „die“ Menschen im Ort Gemeinde. Sie überlegt sich, wie sie auf die anderen zugehen könnte, aber sie teilt es nicht *mit* ihnen, sondern gestaltet es *für* sie. Hinter dieser kleinen Präposition steckt die ganze Gemeindefilosofie. Ich behaupte: gerade in schwierigen Situationen wird offenbar, dass nur *mit* den Menschen Kirche gestaltet werden kann, nicht *für* sie.

Mein Plädoyer für die formale Pluralität geht in eine neue Runde, wenn ich sage, dass auch nicht alle Orte gleich gefördert werden sollten. Das bereitet sicher Unmut, aber mir ist nicht klar, wieso Kreiskirchenräte hier allzu stark dirigieren: und zwar nach dem Solidaritätsprinzip. Gerade weil man theologische Urteile über Gemeinden und ihr Leben vermeiden will, hängt man sich an Zahlen und folgt einer betriebswirtschaftlichen Logik: Jede Pfarrstelle wird nach Gemeindegliedern zurechtgeschnitten – unabhängig davon, ob dort gerade ein geistlicher Aufbruch stattfindet, ob sich dort eine missionarische Tür im Kindergarten öffnet oder Kirchengemeinde eine besondere Gabe hat, den Hilfebedürftigen im Ort diakonisch zu begegnen. Reine Zahlenlogik ist nicht objektiver als der geistliche Blick. Es ist eben nur ein anderes Kriterium, das momentan – soviel sei zugestanden – mehrheitsfähiger ist. Wofür ich also eintrete: Auch hier wieder örtliche Gegebenheiten in den Strukturen berücksichtigen; fördern, wo etwas wachsen will und sterben lassen, wo etwas nicht mehr leben kann und will. Dazu gehört wohl der größte Mut und das „Reden über“ kommt hier an seine Grenzen: Aber zur Buntheit und Lebendigkeit auf dem Lande gehört auch, dass manches sterben und verfallen können darf. Wüstungen hat es in der Geschichte immer gegeben und unsere Hoffnung beflügelt uns dazu, auch für solche Orte zu hoffen und zu beten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.
